

Studiengebühren

Leistungsfördernd und sozial ausgewogen

Die Bundesrepublik ist nahezu die einzige westliche Nation, in der das Studieren fast „umsonst“ ist. Wer sein Diplom oder seinen Magister in der Regelstudienzeit von beispielsweise acht Semestern macht, der zahlt an einer deutschen Universität für Einschreibegebühren etc. selten mehr als insgesamt rund 800 Euro. Dennoch entschieden sich im Jahr 2000 nur 12 Prozent aller westdeutschen Jugendlichen aus Arbeiter-Haushalten für ein Studium. Dagegen nahmen etwa in Großbritannien, das Studiengebühren von bis zu fast 28.000 Euro pro Jahr erhebt, zuletzt immerhin 18 Prozent der Kinder aus Haushalten angelernter Arbeiter ein Studium auf. Dies dürfte mit daran liegen, dass sich ein Studium in jenen Ländern, die Studiengebühren verlangen, oft deutlich stärker rentiert als in Deutschland. Die hohen Gebühren schrecken die Jugendlichen wohl auch deshalb nicht von einem Hochschulbesuch ab, weil es vielerorts attraktive Förderungsmodelle und günstige Darlehen gibt, um die Ausbildung zu finanzieren.

Für die Einführung von Studiengebühren in der Bundesrepublik spricht aber vor allem, dass diese für den notwendigen Wettbewerb sorgen würden, um die Effizienz und Qualität der Hochschulausbildung zu erhöhen. Denn der „Kunde“ Student wird nur dort studieren, wo er für sein Geld gut organisierte und betreute Studienangebote bekommt. Also werden die Hochschulen zu Wettbewerbern, die z.B. mit renommierten Professoren werben, die ihre Leistungen glaubhaft nachweisen. Umgekehrt dürften sich die angehenden Akademiker, die ihr Studium selbst finanzieren müssen, genau überlegen, mit welchem Abschluss von welcher Uni sie später auf dem Arbeitsmarkt welchen Job finden können.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Studiengebühren – Warum Studieren nicht „umsonst“ sein darf, Köln 2004, 35 Seiten, 3 Euro. Bestellung über Fax: (02 21) 49 81-4 45 oder im Internet unter: www.divkoeln.de

Gesprächspartnerin im IW: Christiane Konegen-Grenier, Telefon: (02 21) 49 81-7 21



Leistungsfördernd und sozial angemessen

In Deutschland müssen Eltern für den Kindergartenplatz ihrer Sprösslinge bezahlen; der spätere Studienplatz wird jedoch weitgehend unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Zwar bitten einige Bundesländer Studenten, die das Studium unnötig in die Länge ziehen, inzwischen zur Kasse. Experten plädieren aber längst dafür, auch das Verbot von Studiengebühren im Erststudium zu kippen – was in der Bevölkerung und selbst bei den Studenten zunehmend auf Akzeptanz stößt. Im Ausland ist der Vorschuss aufs Diplom gang und gäbe. Trotz Gebühren studieren dort mehr junge Leute als hierzulande.*)

Die Nöte der hiesigen Alma Mater sind bekannt: Die Hörsäle platzen aus allen Nähten, der Staat hat kein Geld und die Jungakademiker brauchen viel länger bis zu einem Abschluss als ihre ausländischen Kommilitonen. Zudem bringt kaum ein anderes westliches Industrieland – relativ gesehen – so wenig Universitäts- und Fachhochschulabsolventen hervor. Dabei ist die Bundesrepublik eine der wenigen westlichen Nationen, in der das Studieren fast „umsonst“ ist:

Wer sein Studium in der Regelstudienzeit von zum Beispiel acht Semestern beendet, der zahlt an einer deutschen Uni für Einschreibegebühren etc. selten mehr als insgesamt rund 800 Euro.

Mit diesem Betrag können gut verdienende Eltern gerade einmal die Kindergartengebühren für drei bis vier Monate finanzieren.

Ein Schlupfloch hat der Gesetzgeber den Ländern allerdings zugebilligt. Und das wird inzwischen eifrig genutzt: Wer die Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschreitet, der zahlt je nach Bundesland zwischen 500 und 900

Euro pro Zusatzsemester; für ein Zweitstudium sind je nach Studiengang bis zu 1.500 Euro fällig (vgl. iwD 4/2004). Die Daumenschrauben zeigen bereits Wirkung: In Baden-Württemberg beispielsweise ist die Zahl der Langzeitstudenten

nach Einführung der Gebühren um 45 Prozent gesunken.

So willkommen diese Gebühren-Nebenwirkung ist, um Proforma-Studenten zur Exmatrikulation zu bewegen, der eigentliche Sinn von Studiengebühren liegt darin, die Effizienz und Qualität der Hochschulausbildung zu erhöhen – ohne dass damit notwendigerweise eine Studenten-Auswahl auf Basis des Geldbeutels der Eltern verbunden ist:

• Studiengebühren stärken Wettbewerb. Der „Kunde“ Student wird nur dort studieren, wo er für sein Geld gut organisierte und gut betreute Studienangebote bekommt. Also werden die Universitäten und Fachhochschulen zu Wettbewerbern, die mit ihren jeweiligen Angeboten um Kunden werben – etwa mit renommierten Professoren, die nicht nur ihre eige-

nen wissenschaftlichen Meriten im Blick haben, sondern um ihre Studenten bemüht sind und an Evaluierungsverfahren teilnehmen.

Umgekehrt bringen Studiengebühren mehr Verantwortung für die angehenden Akademiker mit sich. Wer sein Studium selbst finanzieren muss, wird sich genau überlegen, mit welchem Abschluss von welcher Uni er oder sie später auf dem Arbeitsmarkt welchen Job finden will oder kann.

• Studiengebühren sind sozial angemessen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen – mit kaum einem anderen Argument können die Gegner von Studiengebühren das Thema Bezahlstudium in Deutschland schneller abwürgen als mit der Mär vom talentierten Arbeiterkind, das nur deshalb nicht studieren konnte, weil die Eltern die Studiengebühren nicht aufbringen konnten. Aufgeschreckt durch das überraschend schlechte Abschneiden deutscher Schüler bei internationalen Leistungsvergleichen haben Bildungsexperten inzwischen aber herausgefunden, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen gerade im gebührenfreien Deutschland besonders hoch ist – nur eben völlig anders als immer behauptet:

Obwohl es praktisch nichts kostet, entschieden sich im Jahr 2000 nur 12 Prozent aller westdeutschen Jugendlichen aus Arbeiter-Haushalten für ein Studium.

Von den Töchtern und Söhnen aus Angestellten-, Selbstständigen- und Beamten-Haushalten besuchen drei- bis sechsmal so viele eine Hochschule. Anders in Großbritannien. Dort ist der Anteil der Studierenden aus Arbeiter-Haushalten trotz teils hoher Studiengebühren gestiegen.

Deshalb leuchtet es umso weniger ein, dass Studenten aus Haushalten mit höheren Einkommen von denjenigen

Studiengebühren international	
Jahresgebühren für Inländer im Erststudium im Jahr 2000	
AUS	2.142 bis 3.571 Euro
B	30 bis 645 Euro (Wallonie); 74 bis 620 Euro (Flandern)
D	nur bei Überschreitung der Regelstudienzeit um 4 Semester; 613 Euro in SN; 1.000 Euro in BY, HH, NI, SL; 1.058 Euro in BW; ab 1.000 Euro in HE, 1.300 Euro in NRW;
F	183 bis 6.860 Euro
J	1.898 bis 48.662 Euro
CDN	839 bis 1.802 Euro
NZ	803 bis 8.981 Euro
NL	1.248 bis 1.452 Euro
N	0 bis 273 Euro
A	727 Euro
P	32 bis 334 Euro
S	38 bis 547 Euro
CH	678 bis 2.711 Euro
E	bis max. 3.606 Euro
USA	1.563 bis 22.472 Euro
UK	1.631 bis 27.956 Euro
Dänemark, Finnland, Irland und Italien: keine Studiengebühren; Quellen: Unesco, HECS	
Institut der deutschen Wirtschaft Köln	

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Studiengebühren – Warum Studieren nicht „umsonst“ sein darf. Köln, 2004, 35 Seiten, 3 Euro, Bestellung über Fax: (02 21) 49 81-4 45 oder im Internet unter www.divkoeln.de, Mindestbestellmenge 3 Stück

über Steuerzahlungen subventioniert werden, die nicht studieren und damit niedrigere Einkommen erzielen – zumal sich ein Studium später auszahlt. Gießt man alle finanziellen Aspekte eines Studiums in Zahlen (vom höheren Nettolohn über staatliche Subventionen wie Bafög bis zu den Studienkosten), dann erreichen Akademiker in Deutschland eine Rendite von fast 9 Prozent. So hoch wird, gemessen an der Alternative Facharbeiterausbildung, ihr Einkommensverzicht während des Studiums später belohnt.

Diese Rendite ist in anderen Ländern allerdings höher: Sie beträgt in Frankreich und den USA je 15 Prozent und in Großbritannien 17 Prozent. Dabei werden in diesen Ländern für deutsche Verhältnisse geradezu unvorstellbar hohe Studiengebühren erhoben – von bis zu fast 30.000 Euro pro Jahr (Grafik).

Solche finanziellen Lasten der akademischen Bildung erscheinen auf den ersten Blick erdrückend. In der Regel gibt es aber dort, wo Studiengebühren fällig werden, attraktive Modelle, um die Ausbildung zu finanzieren:

In Australien wurde 1989 das Higher Education Contribution System, HECS, eingeführt. Dabei zahlen Studenten die aufgelaufenen Studiengebühren erst nach Studienende und bei Überschreitung eines jährlichen Mindesteinkommens von etwa 25.000 australischen Dollar ab. Je nach Einkommen müssen zwischen 3 und 6 Prozent des Verdienstes an den Staat abgeführt werden. Durch Kredite und andere Maßnahmen konnte verhindert werden, dass die jungen Leute wegen der Gebühren auf ein Studium verzichten.

In Großbritannien können alle Studenten (unabhängig von ihrer finanziellen Situation) auf 75 Prozent der maximalen Darlehenssumme von 4.700 Pfund im Jahr zurückgreifen. Erst bei der Gewährung des letzten Viertels wird die Bedürftigkeit geprüft. Das Darlehen ist zinslos und die Rückzahlung erfolgt nach Studienabschluss, sofern ein Einkommen vorhanden ist.

In den Niederlanden können die Studenten die Studiengebühren und die Lebenshaltungskosten ebenfalls durch die Aufnahme eines Kredits finanziert

Studiengebühren an Privathochschulen: Nicht jeder muss zahlen		
Hochschule	Gebühren	Refinanzierung
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung (WHU), Koblenz-Vallendar	5.000 Euro pro Semester	<ul style="list-style-type: none"> • Gebührenfreie Plätze für bis zu 20 Prozent der Studenten • Zinsgünstiges Darlehen bei der Sparkasse Koblenz • 20 Prozent der Studenten werden von Stiftungen gefördert, darunter 6 Prozent von der Studienstiftung des deutschen Volkes • In der Planung: nachgelagerte Gebührenregelung
Bucerius Law School, Hamburg	3.000 Euro pro Trimester	<ul style="list-style-type: none"> • Zinsgünstiges Darlehen bei der Hamburger Sparkasse • Bucerius-Stipendien bei Eignung und Bedürftigkeit • Nachgelagerte Gebührenregelung
Universität Witten-Herdecke	15.185 Euro für das gesamte Studium (Medizin, Zahnmedizin, Wirtschaftswissenschaften)	<ul style="list-style-type: none"> • Die Gebühr kann sofort oder teils während des Studiums oder erst anschließend gezahlt werden. Dann sind acht Jahre lang 8 Prozent des Einkommens zu entrichten (Umgekehrter Generationenvertrag) • Stipendien
Handelshochschule Leipzig	4.000 Euro pro Semester	<ul style="list-style-type: none"> • 10 Prozent der Plätze sind vollständig oder teilweise von der Gebührenregelung befreit • Zinsgünstige Darlehen der Sparkasse Leipzig • Bildungsfonds in Kooperation mit der Sparkasse Leipzig und der Career Concept AG
European Business School, Oestrich-Winkel	4.750 Euro pro Semester	<ul style="list-style-type: none"> • Zinsgünstige Darlehen der Nassauischen Sparkasse • Voll- und Teilstipendien • Zinslose Darlehen der Stiftung zur Förderung der EBS • Alumni vergeben Darlehen und Stipendien
nachgelagerte Gebührenregelung: Die Studiengebühren werden nach Abschluss des Studiums und Erreichens eines bestimmten Einkommens gezahlt Quelle: IW-Zusammenstellung Institut der deutschen Wirtschaft Köln		

© 4/6 2004 Deutscher Institut-Verlag

ren. Daneben existiert eine relativ niedrige Grundförderung und eine Zusatzförderung für Bedürftige. Die Darlehenshöchstbeträge sind in den letzten Jahren stark angestiegen, während die Förderbeträge zurückgefahren wurden. Die Rückzahlung beginnt zwei Jahre nach Studienende und erstreckt sich über einen Zeitraum von 15 Jahren. Insgesamt werden die Darlehen, seit sie verzinst werden, nur noch recht selten in Anspruch genommen und später zurückgezahlt. Früher wurden sie häufig unmittelbar nach Studienende abgegolten. Beides spricht für erhebliche Mitnahmeeffekte.

In den USA schätzen die Unis Genie mehr als Geld. Die Bewerber werden – unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund – in einem Test auf ihre akademische Eignung hin untersucht. Erst nach Bestehen wird über die Finanzierung des Studiums gesprochen. Die Palette der Förderungen reicht von nicht rückzahlbaren staatlichen Zuschüssen bis hin zu staatlichen und privaten Darlehen.

Der österreichische Staat gewährt finanziell bedürftigen Studenten eine Studienbeihilfe; alle anderen können Studienzuschüsse beantragen. Privatbanken gewährt der Staat eine Zins-

subvention von 2 Prozentpunkten bei der Vergabe von Studentendarlehen.

Darlehensmodelle, die über Geldinstitute abgewickelt werden, dürften hierzulande ebenfalls starke Befürworter finden – zumal Bund und Länder wegen der angespannten Kassenlage kaum als Kreditgeber in Frage kommen.

Die staatlichen oder halbstaatlichen Institute engagieren sich bereits jetzt bei der Finanzierung des Hochschulstudiums. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) etwa vergibt seit April 2000 einen so genannten Bildungskredit für Studenten in fortgeschrittenen Ausbildungsphasen – sie erhalten monatlich 300 Euro. Der Bund übernimmt das Ausfallrisiko und ermöglicht damit einen günstigen Zinssatz. Im ersten Jahr wurden über 7.000 Anträge bewilligt.

Dass Studiengebühren nicht das Aus für begabte, aber mittellose Studenten bedeuten, zeigt auch das Beispiel der Privathochschulen in Deutschland (Tableau). Alle haben Förderprogramme und Stipendien für diese jungen Leute. Vielfach engagieren sich die Sparkassen vor Ort und gewähren Studentenkredite. Und wer voll zahlen muss, kann auf verschiedene Instrumente der Gebühren-Refinanzierung zurückgreifen.